

Wäre Berset der bessere Aussenminister?

SP-Vertreter schlagen vor, dass die Bundesräte Berset und Cassis ihre Departemente tauschen. Ein Gewerkschaftsboss reagiert irritiert.

Chiara Stäheli

Auch wenn die Departementsverteilung im Grunde einzig und allein Sache der Bundesratsmitglieder ist, so bringen im Vorfeld bereits etliche Mitglieder des Parlaments ihre Wünsche, Pläne und Vorschläge ein. Bereits am Freitag machte CH Media publik, dass die SP Alain Berset und Ignazio Cassis zu einem Departementstausch drängen will. Bestätigt wurde dieser inoffizielle Plan nun vom Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina. In der «NZZ am Sonntag» schlägt er vor, dass «Ignazio Cassis vom Aussen- ins Innendepartement wechseln sollte». Denn mit dem Tessiner Arzt an der Spitze des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) komme man nie ins Ziel im Europadossier, so Molina weiter.

Berset war für Abbruch des Rahmenabkommens

Der Aussenpolitiker glaubt, dass «eine Person aus der SP einfacher innenpolitisch eine tragfähige Lösung finden» könne. Geht es nach Molina, soll also künftig der amtierende Innenminister Alain Berset, der «das Vertrauen der Sozialpartner genießt», dafür sorgen, dass sich in den Streitpunkten Lohnschutz und Unionsbürgerrichtlinie mit der EU eine Lösung finden lässt. Molina zeigt sich auf Anfrage überzeugt, dass Alain Berset sich «nicht scheuen würde, das Thema entschlossen anzugehen und Verantwortung zu übernehmen». Der Absolvent des Concours diplomatique habe in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass er



Innenminister Alain Berset (SP) und Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) vor einem Jahr in Luzern.

Bild: Patrick Hürlimann

Kompromisse herbeiführen könne.

Doch wäre SP-Magistrat Berset tatsächlich der bessere Aussenminister als Cassis? Könnte er die Europafrage lösen? «Mitnichten», sagt Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. «Bundesrat Berset hat den Abbruch des institutionellen Rahmenabkommens unterstützt. Diese Tatsache alleine genügt, um zu erkennen, dass Berset im Aussendepartement nicht mehr

ausrichten kann als Cassis.» Die Baselbieterin vermutet, «dass die SP mit diesem Vorschlag von ihrem eigenen Versagen in der Europapolitik ablenken will». Schliesslich seien es die SP-nahen Gewerkschaften, welche auf die Bremse stünden und ein Vorwärtskommen verhinderten, so Schneider-Schneiter. Und: «Letztlich trägt der Bundesrat als Gesamtgremium die Verantwortung für das Europadossier. Anstatt Ignazio Cassis mit seinen Anträgen regelmässig auf-

laufen zu lassen, sollten sich die Regierungsmitglieder nun endlich zusammenraufen.»

«Am Europadossier beisst sich jeder die Zähne aus»

Ebenfalls wenig begeistert von Molinas Idee zeigt sich Adrian Wüthrich, ehemaliger SP-Nationalrat und Präsident des Gewerkschaftsdachverbands Travail Suisse: «Aus Sicht eines Aussenpolitikers kann ich diesen Vorschlag zwar verstehen, aber es ist gerade für die Gewerk-

schaften sehr wichtig, dass das Innendepartement durch einen SP-Politiker oder eine SP-Politikerin vertreten wird.» Bei Diskussionen rund um das Rentenalter, die Krankenkassenprämien oder die Sozialversicherungen generell könnte ein Freisinniger wie Cassis in die entgegengesetzte Richtung der Gewerkschaften streben, befürchtet Wüthrich. Deshalb sehe er «Berset lieber im Innen- denn im Aussendepartement». Und: «Das Europadossier ist schwie-

«Die SP will wohl mit diesem Vorschlag von ihrem eigenen Versagen in der Europapolitik ablenken.»

Elisabeth Schneider-Schneiter
Mitte-Nationalrätin

rig.» Jedes Bundesratsmitglied – egal aus welcher Partei – werde sich daran die Zähne ausbeissen.

Auch in Cassis' Partei hält man wenig von einem Wechsel ins Innendepartement. FDP-Präsident Thierry Burkart stellt im Interview mit der «NZZ am Sonntag» klar: «Ich würde es begrüssen, wenn Herr Cassis Aussenminister bliebe. So bleiben wir auch personell gegenüber der EU als Verhandlungspartner verlässlich.» Stattdessen plädiert Burkart dafür, dass das Umweldepartement am kommenden Freitag in bürgerliche Hände wechselt.

Der Luzerner SVP-Nationalrat Franz Grüter zeigt ebenfalls wenig Sympathie für Molinas Forderung. Der Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats sagt auf Anfrage, er arbeite «sehr gut mit Cassis zusammen» und nehme ihn als «motiviert» wahr. Dass die SP jetzt auf einen Wechsel im EDA dränge, hänge wohl damit zusammen, dass die Sozialdemokraten noch immer ihre Wunden lecken würden wegen des im Frühling 2021 gescheiterten Rahmenabkommens.

«Gesundheitskonsum» heizt Fachkräftemangel an

Das Gesundheitswesen wächst schneller als die Bevölkerung. Ein Ökonom macht einen brisanten Vorschlag.

Mark Walther

Der Fachkräftemangel in der Schweiz hat einen Rekordstand erreicht. Das teilte der Personalvermittler Adecco kürzlich mit. Stark betroffen sei besonders das Gesundheitswesen. Hier würden nach wie vor zu wenig Fachkräfte ausgebildet, ausserdem seien die Arbeitsbedingungen «herausfordernd», so Adecco.

Es gibt allerdings einen weiteren Faktor, der den Fachkräftemangel anheizt: Das Gesundheitswesen wächst in der Schweiz rasant. Soeben hat das Bundesamt für Statistik neue Zahlen der Spitäler veröffentlicht: Sie beschäftigten letztes Jahr über 230 000 Mitarbeitende, die sich fast 180 000 Vollzeitstellen teilten. Das ist eine Zunahme von 12,8 Prozent innerhalb von sieben Jahren.

Die Spitalärztinnen und -ärzte sowie die Administration gehören mit einem Plus von je 20 Prozent zu den Bereichen, die am stärksten gewachsen sind. Beim Pflegepersonal ist die Zunahme mit 8,5 Prozent in

derselben Zeitspanne geringer. Dass es mehr Personal für die medizinische Versorgung braucht, ist klar: Die Bevölkerung wächst, die Menschen werden älter. Das alleine vermag den Boom des Gesundheitswesens aber nicht zu erklären: Während die Einwohnerzahl der Schweiz zwischen 2015 und 2020 um rund 4 Prozent zugenommen hat, sind die Gesundheitskosten um 12 Prozent gestiegen.

Der Gesundheitsökonom Stefan Felder von der Universität Basel erklärt die Diskrepanz mit unserem Wohlstand: Die steigenden Einkommen liessen die Gesundheitsbranche überproportional wachsen. Mit zunehmendem Wohlstand komme es bei klassischen Konsumgütern wie Wohnung, Kleidung oder Verkehrsmitteln zu einer Sättigung, worauf sich der zusätzliche Konsum in den Gesundheitsbereich verlagere. «In der Schweiz besteht eine hohe Zahlungsbereitschaft für Gesundheit», sagt Felder.

Als Beispiele nennt er die hohe Nachfrage im Fitness- und

Schönheitsbereich, aber auch Vorsorgebehandlungen wie Brustkrebs-Screenings. Laut Felder schaden sie mehr, als sie nutzen. Denn: Unerwünschte Auswirkungen in der Früherkennung sind vor allem Überdiagnosen. Das bedeutet, dass gutartige Veränderungen fälschlicherweise als schädlich eingestuft werden und die Frau folglich als Krebspatientin behandelt wird. Diese Haltung ist unter Fachleuten indes umstritten. Die Krebsliga schreibt, die Vorteile der Mammografie-Screening-Programme würden die Nachteile aus heutiger Sicht überwiegen.

«Unglaubliches Rundumpaket für jeden»

Die Entwicklung wird offenbar durch einen weiteren Faktor befeuert: Wegen der Versicherungsdeckung fehlen finanzielle Anreize, weniger Leistungen in Anspruch zu nehmen. Felder ortet das Problem in der Grundversicherung, die aus seiner Sicht zu viele Leistungen abdeckt. «Unsere obligatorische Krankenpflegeversicherung bietet ein

unglaubliches Rundumpaket für jeden», sagt der Ökonom.

Die Zahl der durchgeführten Behandlungen ist eindrucklich: Die ambulanten Konsultationen haben seit 2015 um 34 Prozent zugenommen und liegen nun bei über 24 Millionen. Die stationären Fälle sind um 2,4 Prozent gestiegen. Die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich ist politisch gewollt, um Kosten zu sparen.

Während andere Wirtschaftszweige dank der Automatisierung in der gleichen Zeit mehr produzieren, ist das Gesundheitswesen arbeitsintensiv geblieben. Untersuchungen durchführen, Patienten betreuen – all das macht weiterhin der Mensch, der sich aber nicht wie eine Maschine optimieren lässt. Gleichzeitig sinkt die Arbeitszeit des ärztlichen Personals laut dem Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO) tendenziell. Es braucht also mehr Personal, um die gleichen Leistungen zu erbringen.

«Diese Entwicklung ist richtig und notwendig, da Ärztinnen

und Ärzte nicht mehr bereit sind, 80 Stunden oder mehr pro Woche zu arbeiten», sagt Philipp Thüler vom VSAO. Mit durchschnittlich 56 Stunden pro Woche sei die Arbeitsbelastung der Spitalärztinnen und -ärzte noch immer viel zu hoch und letztlich illegal. Der Verband fordert deshalb eine Arbeitswoche aus 42 Stunden Dienstleistung an Patientinnen und Patienten und 4 Stunden strukturierter Weiterbildung.

Die Hälfte der Spitalärzte ist aus der Schweiz

Weil die Schweiz zu wenig eigene Fachkräfte ausbildet, hat sie sich in den vergangenen Jahren vermehrt auf ausländisches Personal verlassen.

Besonders ausgeprägt ist das bei den Spitalärztinnen und -ärzten: 70 Prozent der neu entstandenen Vollzeitäquivalente seit 2010 haben ausländische Ärztinnen und Ärzte übernommen. Der Anteil der Spitalärzteschaft mit Schweizer Pass sank von 60 auf 51,5 Prozent.

Durchbrüche in der Ausbildungsförderung und der Kos-

tensenkung sind der Politik in den letzten Jahren kaum gelungen. Felder plädiert für höhere Selbstbehalte, damit die Menschen weniger Behandlungen in Anspruch nehmen. Aber auch der Leistungskatalog in der Grundversicherung solle bereinigt werden. Es brauche wieder mehr private Zusatzversicherung, deren Bedeutung in den letzten Jahren abgenommen habe.

Das würde dazu führen, dass die Versicherten Gesundheitskosten wieder vermehrt selber tragen müssten.

In die entgegengesetzte Richtung will die SP gehen. Das Ziel müsse es sein, eine Grundversorgung im ganzen Land und mit Zugang für alle zu erhalten und auszubauen, heisst es in einem Positionspapier der Partei. Nicht das Portemonnaie solle darüber entscheiden, wer welche Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen könne. Die Sozialdemokraten möchten ein solches System über eine öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien finanzieren.